

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

03.07.2010 /19.20-19.50 Uhr
04.07.2010 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Entlassung von ISAF-Befehlshaber McChrystal – Menetekel für Afghanistan
- Klein, aber fein? Wie die neue Bundeswehr künftig aussehen sollte
Interview mit Dr. Lutz Unterseher, Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik
- Dauerdefizit bei Hubschraubern und anderen Waffensystemen – wie die Europäische Verteidigungsagentur EDA das Ausrüstungsproblem lösen will
- Zielgenaue Militärschläge mit weitreichenden nicht-atomaren Waffen – der Anfang vom Ende der Nuklearrüstung?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Für Präsident Obama war General McChrystal vor kurzem noch ein Hoffnungsträger. Er sollte die Wende in Afghanistan bringen. Doch nach General McKiernan hat der US-Präsident in seiner gerade einmal 18-monatigen Amtszeit mit McChrystal bereits den zweiten ISAF-Befehlshaber gefeuert. Ein schlechtes Omen für die weitere Entwicklung am Hindukusch. Denn auch die massive Aufstockung der Truppen und der immer wieder propagierte zivil-militärische Ansatz konnten bisher nicht den erhofften Umschwung bringen. Kein Wunder. Denn McChrystals abfällige Bemerkungen haben gezeigt, wie zerstritten die US-Regierung über den richtigen Kurs in Afghanistan ist. Die Ausfälle des Generals sind offenbar Ausdruck einer tiefen Frustration über das Krisenmanagement der eigenen Regierung und der Verbündeten. Möglicherweise glaubte McChrystal inzwischen selbst nicht mehr an den Erfolg der Mission. Er hat beispielsweise keinen Hehl daraus gemacht, dass er die Ankündigung Obamas für falsch hält, mit dem Abzug der ersten Truppen bereits Mitte

nächsten Jahres zu beginnen. Die Großoffensive in Helmand vor einigen Wochen galt als Testfall für die neue Afghanistan-Strategie. Sie brachte aber nicht den gewünschten Erfolg. Und die für den Sommer vollmundig angekündigte Operation für Kandahar ist offenbar erst einmal verschoben worden.

Die Counterinsurgency-Strategie, also das Aufstandsbekämpfungskonzept, lässt sich nur mühsam umsetzen. Voraussetzung ist eine glaubwürdige afghanische Regierung. Die aber gibt es nicht. Spätestens seit den Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentenwahl ist klar: Präsident Karsai hat nicht das Vertrauen der Bevölkerung. Auch deshalb sind die US-Streitkräfte immer mehr dazu übergegangen, Warlords und Milizen zu unterstützen. Es heißt, um den Nachschub zu sichern, zahlen die US-Streitkräfte sogar Schutzgeld. Der Kongressabgeordnete John Tierney verfasste einen Report mit dem Titel: „Die Warlord AG – Erpressung und Bestechung entlang der US-Nachschubwege“. Die Botschaft des Berichts: Mit US-Steuergeldern wird die Korruption in Afghanistan gefördert. John Tierney:

O-Ton Tierney

„US taxpayers Dollars are being used to fund warlords and other people that are fueling corruption in that government“

Möglicherweise werden auf diese Weise sogar ungewollt die Taliban finanziert.

Zugleich halten die USA weiter an der Afghanistan-Strategie fest, die dafür sorgen soll, dass eines Tages afghanische Kräfte die Verantwortung für die Sicherheit ihres Landes übernehmen.

Der geschasste ISAF-Befehlshaber McChrystal sah sich seit geraumer Zeit mit einem wachsenden Unmut seiner Soldaten konfrontiert. Denn das Aufstandsbekämpfungskonzept des US-Generals verpflichtet die ISAF-Truppe, im Zweifel auf den Waffeneinsatz zu verzichten. Nicht wenige Soldaten auf Patrouille fühlen sich jedoch durch diese restriktiven Einsatzregeln in ihren Reaktionsmöglichkeiten eingeschränkt und gefährdet. Fakt ist: die Zahl der getöteten Soldaten hat erheblich zugenommen. Allein im Juni waren 102 Tote zu beklagen.

gen – so viel wie in noch keinem Monat zuvor. Durchschnittlich starben im Juni jeden Tag drei Soldaten. Tendenz steigend.

Kein Wunder, dass sich mittlerweile auch in den USA die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Afghanistan-Einsatz ausspricht. Doch mit dem neuen ISAF-Befehlshaber General Petraeus hat Präsident Obama einen neuen Hoffnungsträger. Petraeus ist der Vater des Aufstandsbekämpfungskonzeptes, er hat die Counterinsurgency-Strategie im Irak entwickelt. Bisher war Petraeus als CENTCOM-Befehlshaber der Vorgesetzte von McChrystal. Nun wird er dessen Nachfolger. General Petraeus - die allerletzte Hoffnung von Obama, das Blatt in einem offenbar aussichtslosen Konflikt doch noch zu wenden. Der einflussreiche US-Senator Lindsey Graham:

O-Ton Graham

„David Petraeus is our best hope, if things don't change, nobody can pull it out in Afghanistan.“

Das Aufstandsbekämpfungskonzept kann allerdings bestenfalls langfristig erfolgreich sein. Es benötigt Zeit und viel Geduld. Doch die Geduld der Bevölkerung der Truppensteller-Länder geht zu Ende. Der Feldzug am Hindukusch ist inzwischen der längste Krieg in der Geschichte der USA. Er dauert bereits länger als der Zweite Weltkrieg und länger als Vietnam. Der Afghanistan-Einsatz beginnt zu kippen. Die Niederlande und Kanada werden ihre Truppen demnächst abziehen. Großbritannien hat in dieser Woche 2015 als Abzugsdatum genannt. Polen will seine Soldaten weit früher abziehen. Andere Länder werden folgen. Schlechte Aussichten für die NATO-Mission in Afghanistan.

Die weiteren Themen in Streitkräfte und Strategien:

- Klein, aber fein? Wie die neue Bundeswehr künftig aussehen sollte
- Dauerdefizit bei Hubschraubern und anderen Waffensystemen – wie die Europäische Verteidigungsagentur das Ausrüstungsproblem lösen will.
Und:
- Zielgenaue Militärschläge mit weitreichenden nicht-atomaren Waffen – der Anfang vom Ende der Nuklearrüstung?

Noch hat die Bundeswehr einen Umfang von rund 250.000 Soldaten. Doch aufgrund der Sparzwänge wird sie kräftig abspecken müssen. Derzeit werden verschiedene Modelle geprüft und durchgerechnet. Eine Bundeswehr mit nur noch 150.000 Soldaten – das ist nicht mehr ausgeschlossen.

Über die Verkleinerung der Streitkräfte habe ich mit Lutz Unterseher von der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik gesprochen. Ich habe Lutz Unterseher gefragt, was eine verkleinerte Bundeswehr eigentlich noch leisten könnte:

Interview Flocken / Dr. Unterseher

Unterseher: Sie könnte das leisten, was im letzten Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung als die Hauptaufgabe der Bundeswehr auf längere Sicht bezeichnet wurde: in Krisenregionen zu stabilisieren. Es geht also nicht mehr um Landesverteidigung auf der einen Seite, aber auch nicht um Rückeroberung von in illegaler Weise okkupiertem Territorium, auch nicht um Bestrafungsmissionen, um internationale Rechtsbrecher mit Waffengewalt zur Rechenschaft zu ziehen, sondern um die Stabilisierung im Kontext eines Bürgerkrieges. Es geht darum, in ein Land hineinzugehen und so gut wie möglich Ruhe und Ordnung zu schaffen, als Voraussetzung für einen friedlichen Aufbau nicht nur der Infrastruktur, die ja meistens im Gefolge von Bürgerkriegen zerstört ist, sondern auch um den Aufbau der Institutionen in einem ganz breiten Sinne. Nicht zu vergessen sind Gerichte, Polizei, Gefängnisse, aber auch die Verwaltung und der Regierungsapparat. Beide sollten natürlich möglichst auf demokratische Strukturen gestützt sein. Dafür wäre die Bundeswehr sozusagen als Geburtshelfer da. Sie muss zumindest gemeinsam mit anderen Nationen die Lage stabilisieren. Sie muss relative Ruhe, relative Ordnung in einem Land schaffen. Und dies ist Hauptaufgabe der Bundeswehr, das sagt sie selbst. Das zeigt aber auch die jüngste Vergangenheit und die bisherigen Erfahrungen. Und das ist in der Hauptsache eine Aufgabe der Landstreitkräfte.

Flocken: Sie sagen, das Heer muss bei einer neuen Bundeswehr im Mittelpunkt stehen. Was würde das aber konkret für die Marine und Luftwaffe bedeuten?

Unterseher: Nach den jetzigen mir bekannten Zahlenspielen, die aus der Bundeswehr herausgedrungen sind, hat man alle Teilstreitkräfte, um auf etwa 150.000,160.000 Mann zu kommen, quasi halbiert. Das heißt, jeder musste relativ gesehen, gleich viel aufgeben...

Flocken: Das finden Sie nicht gut.

Unterseher: Nein. Wenn man es wirklich ernst meint mit der Stabilisierungsaufgabe und der Priorität für das Heer, müsste das Heer sozusagen weniger bluten als die anderen Teilstreitkräfte. Das Heer leidet seit 20 Jahren an der Bundeswehrplanung in der Gestalt, dass es immer weniger bekommt. Immer weniger heißt: im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges. Das Heer bekommt immer weniger Investitionsmittel und die anderen Teilstreitkräfte bekommen die Großwaffensysteme. Durch diesen Verdrängungswettbewerb wird letztlich die Fähigkeit Deutschlands, sich an internationalen Verpflichtungen zu beteiligen, stark einschränkt.

Flocken: Auch wenn das Heer im Mittelpunkt einer verkleinerten Bundeswehr stehen sollte, müsste man aber auch bei den Landstreitkräften große Veränderungen vornehmen. Das Heer wird ja immer noch in Divisionen, also rund 15.000 Soldaten starken Großverbänden, gegliedert. Das ist doch eine längst überholte Struktur.

Unterseher: Ja, das denke ich auch. Für das Heer zeichnet sich wohl ein Umfang von wahrscheinlich sechs infanteriestarken Brigaden ab. Diese Brigaden könnten so strukturiert werden, dass sie relativ austauschbar sind und dann ist es nicht mehr notwendig, sozusagen zur Zusammenfassung dieser Brigaden dann noch eine Divisionsebene einzuziehen. Diese sechs Brigaden könnten von einem zentralen Kommando - man könnte es beispielsweise Einsatzkorps nennen - geführt werden. Notwendig wäre im Heer auch eine kritische Untersuchung des Potenzials von Hubschraubern. Wir haben in der gültigen Struktur eine größere militärische Formation, eine Brigade, die um Kampfunterstützungshubschrauber herum organisiert ist. Diese Hubschrauber sind immer noch nicht tauglich und einsatzfähig...

Flocken: Sie meinen den Kampfhubschrauber Tiger.

Unterseher: Genau. Er läuft auch nicht in der vereinbarten Stückzahl zu, aus Kostengründen und anderen Gründen, um einen wirksamen und stattlichen hubschraubergestützten Großverband abzugeben.

Flocken: Braucht das Heer den Kampfhubschrauber Tiger überhaupt?

Unterseher: Ich denke Nein. Es geht darum, Hubschrauber in guter Zahl, in guter Qualität vor allem für Transportaufgaben einzusetzen. Die Bundeswehr braucht gelegentlich die Begleitfunktion aus der Luft. Der Tiger könnte diese Funktion übernehmen, aber es gibt auch andere Lösungen. Sie können Transporthubschrauber zusätzlich bewaffnen. Sie können auf dem Markt Kampfhubschrauber günstiger kaufen, usw.

Flocken: Der Verteidigungsminister beklagt, dass die Bundeswehr bei einem Umfang von rund 250.000 Soldaten trotzdem Probleme hat, wenn sie 8.000 Soldaten in Auslandseinsätze schicken soll. Von einer besseren Einsatzorientierung ist die Rede. Wird man mit einer verkleinerten Bundeswehr und einer neuen Heeresstruktur mehr Soldaten für Auslandsmissionen haben?

Unterseher: Das wird uns aus gewissen Kreisen in Aussicht gestellt. Ich habe da aber größte Zweifel. Es wird vor allem dann nicht gelingen, wenn man nicht ganz rangeht, die Luftwaffe und die Marine überproportional zu reduzieren. Und dieses wiederum geht kaum, weil das ja die Teilstreitkräfte sind, die die großen Waffensysteme, die sich im Zulauf befinden, aufnehmen sollen.

Flocken: Sie befürchten also, dass an den großen Rüstungsvorhaben festgehalten wird, und das diese Beschaffungsvorhaben weiterhin die Bundeswehrstruktur bestimmen.

Unterseher: Das ist eine Befürchtung, die ich in der Tat hege. Es ist bereits schon mehrfach gesagt worden, dass man aus diesen lang laufenden Verträgen nicht so leicht heraus komme.

Flocken: Das ist ja auch richtig...

Unterseher: Das ist zum Teil richtig. Denn wenn wir uns mal diese Waffensysteme anschauen, oder besser die Programme, dann stellen wir in allen Fällen.- ich betone das - schwere Vertragsverletzungen auf der Seite der Industrie fest. Das heißt: man könnte mit ein wenig juristischem Sachverstand und etwas politischem Mut aus einer Reihe von Projekten aussteigen oder zumindest die Stückzahl reduzieren, sie strecken etc. Man hätte dann etwas mehr Luft. Ich denke, es fehlt einfach der Mut und das politische Durchsetzungsvermögen, derartige Maßnahmen zu ergreifen.

Flocken: Die Bundeswehr soll schlanker werden. Sie ist ja bereits nach Ende des Ost-West-Konfliktes verkleinert worden. Aber kaum verkleinert hat man die

Zahl der Generale und Admirale. Zurzeit sind es etwa 200. Gibt es nicht auch auf diesem Gebiet einen großen Handlungsbedarf?

Unterseher: Ja, vollkommen richtig. Ich kann das vielleicht sogar noch dramatisieren. Es sind nicht nur die Generale und Admirale, sondern es sind auch Oberisten und Oberstleutnante, um noch ein paar andere Ränge zu nennen. Man muss, also handeln. Das ist sicher eine ganz wichtige Aufgabe. Aber das geht natürlich nur durch Aktionen des goldenen Handschlags. Dass man sozusagen Tschüs sagt.

Flocken: Das kostet dann aber wieder Geld.

Unterseher: Tschüs zu sagen, das kostet sehr viel Geld, obwohl das gelegentlich bestritten wird. Aber die Berechnungen meiner Studiengruppe haben gezeigt, dass das durchaus kein Pappenstil ist. Das heißt in diesem Fall, Transformation zu geringeren Kopfstärken, also eine Verkleinerung der Bundeswehr ist auch im Personalbereich, obwohl dort gespart werden soll, nicht umsonst zu haben.

Flocken: Die Bundeswehr soll kleiner und effizienter werden. Ist es da nicht eine Möglichkeit, beispielsweise bei der Luftwaffe mehrere Geschwader zusammenzuziehen und an einigen wenigen Standorten zu stationieren? Das spart doch gleichzeitig Geld. So haben es beispielsweise die Briten gemacht, die für ihre Geschwader nur noch zwei bis drei Standorte haben. Wäre das auch ein Vorbild für eine verkleinerte Bundeswehr?

Unterseher: Ja. Nicht nur die Luftwaffe, sondern die Bundeswehr generell wird sich aus der Fläche zurückziehen und weniger präsent sein. Die Zusammenfassung insbesondere von Geschwadern auf wenigen Stützpunkten hat natürlich einen großen Rationalisierungseffekt. Die alte Dezentralisierung stammt noch aus dem Kalten Krieg. Man wollte auflockern, um nicht so empfindlich, so verwundbar für einen Schlag aus dem Osten zu sein. Selbstverständlich wird man das tun müssen, und die Verbände zentralisieren. Aber das bedeutet, und das sollte man nicht gering schätzen, dass sich die Streitkräfte aus der Fläche zurückziehen. Unsere Bevölkerung wird dann, wenn die Bundeswehr wie geplant verkleinert wird, in Zukunft weniger Berührungsflächen mit den Streitkräften haben.

* * *

Flocken:

Lutz Unterseher von der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik über die Verkleinerung der Bundeswehr.

Waffensysteme werden immer komplexer und damit auch immer teurer. Ein Staat allein kann sie kaum noch bezahlen. Deswegen schließen sich immer häufiger mehrere Länder zusammen, wenn neue Systeme beschafft werden sollen. Die Europäische Verteidigungsagentur EDA versucht, diese Rüstungszusammenarbeit zu koordinieren - beispielsweise bei der Entwicklung von Militär-Hubschraubern. Denn viele NATO- und EU-Länder verfügen über eine nur sehr begrenzte Zahl von Hubschraubern, die auch für Auslandsmissionen geeignet sind. Das soll mit Hilfe der Europäischen Verteidigungsagentur geändert werden. Eine nicht ganz einfache Aufgabe, wie Christoph Prözl festgestellt hat:

Manuskript Christoph Prözl

Atmo fliegende Hubschrauber

Die Gegend um Zaragossa erinnert ein bisschen an Afghanistan. Staubig, heiß und hoch gelegen. Ein ideales Terrain, um mit Hubschraubern den Einsatz am Hindukusch zu üben, ganz ohne Gefahr, von Raketen beschossen zu werden. Denn Zaragossa liegt im Norden Spaniens, am Fuß der Pyrenäen. Hier veranstaltete die Europäische Verteidigungsagentur EDA im Juni ein dreiwöchiges Training für Hubschrauber-Piloten aus den Ländern der EU. Projektleiter Andrew Gray:

O-Ton Gray (overvoice)

„Es geht bei diesem Training um drei Sachen: Erstens landen bei schlechter Sicht, verursacht zum Beispiel durch Staub. Dann geht es darum, Flüge im Gebirge zu trainieren. Das verlangt vom Piloten viel Können. Zuerst fliegen wir im Mittelgebirge, dann geht es ins Hochgebirge.“

Das Ziel: Die Piloten sollen das Fliegen unter extremen Bedingungen üben. Denn das können noch längst nicht alle Besatzungen. Außerdem sind Hubschrauber bei vielen NATO- oder EU-Einsätzen Mangelware. Zum einen, weil die Europäer zu wenig Helikopter haben, zum anderen, weil einige Nationen

nicht über die Piloten verfügen, die im schwierigen Gelände fliegen können. An dem Training haben Teams aus neun Ländern teilgenommen – über 700 Personen, mehr als 40 Maschinen. Deutschland schickte nur einen Beobachter. Das Bundesverteidigungsministerium prüft, ob eine Beteiligung an der nächsten Übung im Herbst sinnvoll wäre.

Der Erfolg solcher Übungen stellt sich aber eher langsam ein: Nach einem Ausbildungskurs im vergangenen Jahr entsandte gerade einmal Tschechien zwei weitere Maschinen nach Afghanistan.

Vielen NATO-Staaten und den EU-Mitgliedsländern fehlt es aber nicht nur an geeignetem Personal, sondern auch an Maschinen. Nach Angaben der ISAF sind in Afghanistan 500 Hubschrauber eingesetzt, 600 sollen es bald sein, dazu kommen noch 50 Maschinen der afghanischen Nationalarmee. Die Defizite beim Fluggerät wollte ein ISAF-Sprecher weder kommentieren noch beziffern. Die Bundeswehr verfügt über rund 400 Hubschrauber – aber nur sieben befinden sich im Einsatz in Afghanistan. Weitere mittlere Transporthubschrauber vom Typ CH-53 werden derzeit technisch aufgerüstet – sonst sind sie am Hindukusch nicht einsetzbar. Geeignete Hubschrauber sind Mangelware.

Mehrere Nationen haben bereits vor Jahren reagiert und ein gemeinsames Projekt auf den Weg gebracht: den NH 90. 15 Nationen sind an diesem Vorhaben beteiligt. Das Firmenkonsortium aus Eurocopter, Agusta Westland und Stork Fokker soll knapp 600 Maschinen bauen. Die ersten wurden bereits ausgeliefert. Doch das gemeinsame, gut gemeinte Projekt ist alles andere als ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit. Dick Zandee, Projektleiter bei der Europäischen Verteidigungsagentur EDA nennt den NH 90 einen Lost case, einen verlorenen Fall:

O-Ton Zandee (overvoice)

„Ein anderes Problem mit dem NH 90: Am Anfang hat es eine Bestellung für einen Hubschrauber-Typ gegeben, beschlossen von allen Mitgliedsstaaten. Und während der Produktion haben dann alle Extrabestellungen für bestimmte Ausstattungen eingereicht. Das Ergebnis: Am Ende hatten wir 24 Versionen des NH 90. Das ist nicht nur ein Alptraum für die Industrie, die unterschiedliche Produktionsstraßen bereit stellen muss. Vor allem treibt das die Kosten nach

oben und sorgt dafür, dass gemeinsame Einsätze der Maschinen wieder schwieriger sind.“

Dick Zandee kennt das Problem: Tag für Tag bekommt die Europäische Verteidigungsagentur die Fragmentierung Europas zu spüren. Zwar existiere die Europäische Union, aber die EU sei eben nicht die Vereinigten Staaten von Amerika. Nach wie vor gebe es nationale Armeen, die Ausschreibungen erfolgten auf nationaler Ebene und viele Staaten wollten eigene Rüstungsbetriebe schützen. Es gebe nach wie vor zu wenig Kooperation über die Grenzen hinweg. Ein weiteres Beispiel: die sogenannten Flugtüchtigkeitsprüfungen:

O-Ton Zandee (overvoice)

„Das wird alles national durchgeführt. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen wissen wir, dass 25 Prozent der Kosten bei großen Anschaffungen wie Flugzeugen oder Helikoptern für die Zertifizierung ausgegeben werden. Wenn sie das harmonisieren, wenn es eine Luftsicherheitsbehörde gibt, dann können sie 25 Prozent der Kosten sparen. Wenn sie den NH 90 nehmen – das ist ja ein einfaches Rechenbeispiel. 600 Maschinen werden derzeit von 15 Staaten gekauft. Alle führen die Flugtüchtigkeitsprüfungen rein national durch. Die Maschinen zusammen genommen kosten 20 Milliarden Euro. Wenn wir 25 Prozent sparen könnten, dann sind das fünf Milliarden Euro. Das ist viel Geld.“

Die Europäische Verteidigungsagentur, möchte es jetzt besser machen. 2007 vereinbarten Deutschland und Frankreich, den Bau eines Hubschraubers voranzutreiben, der schwere Lasten befördern kann. Arbeitstitel: Future Transport Helicopter. Diese Maschine soll bis zu 15 Tonnen Material oder Personal in Einsatzgebieten transportieren können – ein Bereich, in dem die europäischen Armeen Defizite haben. Derzeit liefen Gespräche mit Deutschland, Frankreich und anderen interessierten Nationen, sagt Dick Zandee. Dabei gehe es darum, nicht erneut zahlreiche unterschiedliche Versionen eines Modells zu bestellen. Hilmar Linnenkamp, Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik war bis 2007 stellvertretender Leiter der Europäischen Verteidigungsagentur. Er glaubt, dass die EU-Staaten aus dem Fall NH 90 gelernt haben:

O-Ton Linnenkamp

„Vor allem die Lehre, dass man am Ende in der Bedarfsformulierung erstens bescheidener und zweitens gemeinsamer sein muss. Bescheidener heißt: nicht vielleicht die 110 prozentige Lösung in allen technischen Einzelheiten dieser Projekte zu verlangen.“

Neu an dem Projekt ist auch, dass die Auftraggeber den amerikanischen Hubschrauber-Hersteller Sikorsky beteiligen wollen. Das Unternehmen hat Erfahrung mit schweren Maschinen. Damit wäre der Future Transport Helicopter ein transatlantisches Projekt.

Nach wie vor bezahlen die einzelnen Mitgliedsstaaten ihre Maschinen. Je nachdem, wie die Verträge formuliert sind teilweise auch schon während der Entwicklung. Überlegungen, die Verteidigungsagentur mit einem eigenen Budget für die Hubschrauber auszustatten, hält Linnenkamp für falsch. Das würde den Charakter der Agentur verändern, sie wäre dann ein Beschaffungsamt:

O-Ton Linnenkamp

„Mehr Gemeinsamkeit zu organisieren und damit rationeller umzugehen, mit den 200 Milliarden Euro, die die europäischen Länder jedes Jahr ausgeben für ihre Verteidigung, diese Möglichkeit hat die Agentur, in dem sie immer wieder den Nationen einen Spiegel vorhält über das kollektive Verhalten in der Rüstungs- Verteidigungs- und Fähigkeitsplanung. Dass die Verteidigungsminister sehen, nicht nur was sie einzeln in ihrem eigenen Land machen, sondern was sie gemeinsam tun. Und da gibt es viel Potenzial für Einsparungen, viel Potenzial für Rationalisierungen. Da kann die Agentur als Katalysator wirken, um diese Gemeinsamkeit voranzubringen.“

Die Europäische Verteidigungsagentur arbeitet noch an einem dritten Projekt, um die Knappheit bei Helikoptern zu beseitigen. Projektleiter Gray:

O-Ton Gray (overvoice)

„Ich wurde beauftragt, die Verfügbarkeit von Hubschraubern zu verbessern. Das kann man machen, indem man neue Hubschrauber kauft, alte Maschinen wieder herrichtet oder solche, die wir fliegen, besser nutzt. Die Situation ist ähnlich wie vor einigen Jahren, als wir zu wenig Transportflugzeuge hatten – Stichwort C 17 - und deswegen frage ich mich, ob es nicht einfacher wäre, wenn die Nationen zusammentreten und eine gemeinsame Hubschrauber-Einheit bilden. Wir sind da noch ganz am Anfang. Aber ich möchte untersuchen, was das kosten würde und welche Länder Interesse haben.“

Der gemeinsame Verband hätte den Vorteil, dass sich gerade auch kleinere Streitkräfte finanziell beteiligen könnten, ohne eine eigene Hubschrauber-Flotte aufbauen zu müssen. Die Nationen hätten dann Kapazitäten für ihre Einsätze, beispielsweise in Afghanistan oder in anderen Krisengebieten. Im Herbst will Gray ein Konzept fertig stellen, das er dann den EU-Mitgliedsstaaten vorlegen

wird. Aber auch hier ist die Europäische Verteidigungsagentur auf den guten Willen der Mitgliedsstaaten angewiesen.

* * *

Flocken:

Die Atomwaffen sollen weltweit reduziert werden. US-Präsident Obama strebt sogar eine atomwaffenfreie Welt an. Durch Abrüstungsschritte soll allerdings nicht die eigene Sicherheit gefährdet werden. In den USA geht man daher seit einiger Zeit ganz neue Wege: Angestrebt wird, einen Teil der strategischen Atomwaffen durch weitreichende Raketen mit konventionellen Sprengköpfen zu ersetzen. Was sich hinter diesem Konzept verbirgt, weiß Thomas Horlohe:

Manuskript Thomas Horlohe

Mitte Juni haben im US-Kongress die Anhörungen zum neuen Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und Russland über strategische Waffen begonnen. Sein Name, New START, soll deutlich machen, dass die Regierung Obama im Verhältnis zu Russland auch auf dem Feld der Rüstungskontrolle einen Neustart anstrebt. Der Vertrag offenbart tatsächlich den Beginn von etwas grundlegend Neuem. Das wird deutlich, wenn man nicht die Frage stellt, was New START künftig verbietet, sondern umgekehrt fragt, was der Vertrag erlaubt. Erstmals geht es in einem Abkommen über strategische Waffen - also Systeme mit einer Reichweite von mehr als 5.000 Kilometern - nicht mehr nur um Atomwaffen, sondern auch um konventionelle Waffen. US-Verteidigungsminister Gates stellte am 17. Juni vor dem Streitkräfteausschuss des Senats klar, dass der neue Vertrag das sogenannte „Conventional Prompt Global Strike“-Programm nicht einschränkt:

O-Ton Gates (overvoice)

„Der Neue START-Vertrag beschränkt uns nicht darin, Fähigkeiten für einen schnellen, weltweiten, konventionellen Militärschlag zu entwickeln oder zu dislozieren, mit denen innerhalb einer Stunde Ziele überall auf der Welt angegriffen werden können. Die vertraglichen Obergrenzen von 1.550 Gefechtsköpfen und 700 Trägersystemen lassen ausreichend Spielraum für die begrenzte Zahl konventioneller Gefechtsköpfe, die wir für diese Fähigkeit benötigen könnten.“

Das Konzept vom „Conventional Prompt Global Strike“ könnte man übersetzen als „weltweiter Sofortangriff“ mit nicht-nuklearen Waffen. Es ist zwar noch nicht Wirklichkeit. Aber über das Stadium einer bloßen Idee ist das Konzept bereits weit hinaus. Diese Fähigkeit, jedes Ziel auf der Welt innerhalb einer Stunde bekämpfen zu können, wird angestrebt und systematisch vorbereitet.

Den Anfang machte die US-Marine bei ihren zwölf ständig auf See befindlichen Atom-U-Booten. Jedes ist mit 24 atomaren Trident II (D-5) Raketen ausgestattet. Nach den Plänen der Navy sollten jeweils zwei dieser Raketen mit je vier steuerbaren, nicht-atomaren Gefechtsköpfen bestückt werden. Der Kongress bewilligte die Haushaltsmittel für die geplante Umrüstung jedoch im Jahr 2003 nicht. Das Parlament hatte Sorge, russische Frühwarnsysteme könnten den Abschuss einer *konventionellen* Trident-Rakete nicht von dem einer *atomar* bestückten Trident-Rakete unterscheiden. Das Risiko, versehentlich einen Atomschlag Russlands auszulösen, war den Abgeordneten zu groß.

Dieses Risiko suchte die US-Luftwaffe zu begrenzen. Sie schlug vor, landgestützte Interkontinentalraketen vom Typ Minuteman II oder vom Typ Peacekeeper mit konventionellen Gefechtsköpfen auszustatten und auf neuen Basen, weit weg von den Stützpunkten der nuklear bestückten Raketen gleichen Typs zu stationieren. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, nicht-nukleare Interkontinentalraketen so abzufeuern, dass sie mit einer flacheren Flugbahn ihr Ziel erreichen. Beides wäre von den russischen Frühwarnsystemen zu erkennen.

Mit dem „Prompt Global Strike“-Konzept wird eine verwirrende Zahl von Waffensystemen und Projekten in Verbindung gebracht, die verschiedenste Abkürzungen haben. Klar ist, dass es den USA an ballistischen Raketen mit großer Reichweite als geeigneten Trägersystemen nicht mangelt. Die US-Luftwaffe arbeitet vor allem intensiv an einem neuartigen Gefechtskopf für die künftige nicht-nukleare Rakete. Der HTV-2 genannte, lenkbare Gleitflugkörper soll sein Ziel mit fünf- bis zwanzigfacher Schallgeschwindigkeit ansteuern. Das hört sich zwar futuristisch an. Aber seinen ersten Testflug hat HTV-2 am 22. April absolviert. Derzeit untersucht das US-Verteidigungsministerium, mit welchen Trä-

gersystemen, Gefechtsköpfen und Stationierungskonzepten das „Conventional Prompt Global Strike“-Programm verwirklicht werden kann. Das Ergebnis wird noch in diesem Sommer erwartet.

Doch was macht konventionelle Interkontinentalraketen für das Pentagon so erstrebenswert? Welche Vorteile haben weitreichende konventionelle Waffensysteme gegenüber den zahlreichen Atomraketen?

Nicht-nukleare strategische Waffen versprechen ein zentrales Dilemma abzumildern, in dem sich die Nuklearstrategie von Beginn an befindet: Die Drohung mit Atomwaffen kann zwar den Gegner vom Atomwaffeneinsatz abschrecken. Aber die Furcht vor den Folgen eines Atomkrieges wirkt auch auf denjenigen zurück, der mit Atomwaffen droht. Die Kehrseite von Abschreckung ist also die Selbstabschreckung. Eine historische Lehrstunde in Sachen Selbstabschreckung war die Kuba-Krise von 1962. Sie brachte die Welt an den Rand eines Atomkrieges. Bei den Entscheidungsträgern im Weißen Haus weckte sie den dringenden Wunsch nach militärischen Handlungsmöglichkeiten unterhalb der Schwelle zum unkontrollierbaren Atomkrieg. In der Folge wurden die Strategien abgestuft und die Einsatzpläne für Nuklearwaffen differenziert. Die Strategie der „Massiven Vergeltung“ wurde von der Strategie der „Flexiblen Erwidern“ abgelöst. In die Atomkriegspläne wurden sogenannte „Limited Nuclear Options“ eingearbeitet, also begrenzte Nuklearoptionen. D.h. für bestimmte Zielkategorien sind spezielle Einsatzszenarien entworfen worden. Dabei wurde eine begrenzte Zahl von Atomwaffen eingeplant, die helfen sollte, die Selbstabschreckung zu verhindern.

Anfang der Achtziger Jahre, also noch mitten im Kalten Krieg, gingen Strategieberater der RAND-Corporation, der wichtigsten militärstrategischen Denkfabrik in den USA, einen radikalen Gedankenschritt weiter. Sie empfahlen konventionelle strategische Waffen als Mittel gegen die Selbstabschreckung:

Zitat RAND (Rosenberg und Builder)

„Nicht-nukleare Waffen könnten Entscheidungsträgern die vergleichsweise verlockende Aussicht auf einen kontrollierten Konflikt bieten, einen, der atomwaffenfrei gehalten werden kann.“

25 Jahre später haben sich Satellitenaufklärung und Navigationssysteme dramatisch weiterentwickelt. Sie erlauben heute Präzisionsangriffe auch mit konventionellen Gefechtsköpfen. Experten schätzen, dass bis zu 30 Prozent der Ziele im aktuellen strategischen Operationsplan der USA auch mit nicht-nuklearen Waffen zerstört werden könnten. Angriffsoptionen mit konventionellen Waffen sind schon heute Bestandteil des strategischen Operationsplans der USA. Die hierfür eingeplanten Bomber und Marschflugkörper sind aber nicht schnell genug, um bestimmte Ziele rechtzeitig zerstören zu können. Zum Beispiel sind die im Aufbau befindlichen, zahlenmäßig kleinen Atomstreitkräfte des Iran und Nordkoreas durch schnelle Überraschungsangriffe besonders verwundbar. Sie wären potenzielle Ziele eines „Conventional Prompt Global Strike“. Denn es bleibt undenkbar, gegen diese und ähnliche Ziele Atomraketen einzusetzen.

Eine noch anspruchsvollere Zielkategorie sind sogenannte „flüchtige Ziele“. Was sich hinter diesem Begriff verbirgt, deuten Militärs mit den Worten an: „Denken Sie an den 11. September.“ Im Zusammenhang mit einem weltweiten Sofortangriff mit nicht-nuklearen Waffen wird gelegentlich auf ein Ereignis vom 20. August 1998 verwiesen. Kriegsschiffe der Kampfgruppe um den Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ schossen damals aus dem Arabischen Meer Marschflugkörper vom Typ Tomahawk auf ein Ausbildungslager von Al Qaida im Osten Afghanistans ab. Dort war Osama Bin Laden gesichtet worden. Die Marschflugkörper benötigten für die 1.100 Meilen lange Anflugstrecke rund zwei Stunden. Als sie im Ziel einschlugen, hatte Bin Laden das Lager seit einer Stunde verlassen. Auch damit sich ein solcher Misserfolg nicht wiederholt, streben die USA die Fähigkeit an, mit weitreichenden konventionellen Raketen weltweit jedes Ziel sofort bekämpfen zu können.

* * *

Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.